

Antragsbereich M: Studentischer Wohnraum

Antrag M1_16/1

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Berlin

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

5 **M1_16/1 Ausbau von bezahlbarem Wohnraum** 6 **für Alle - Jetzt!**

7
8 Viele Städte, vor allem Hochschul-Städte, erleben seit Jahren einen enormen Zuzug von jungen
9 Menschen aus der ganzen Welt. Wir Juso-Hochschulgruppen begrüßen diese Entwicklung
10 ausdrücklich, da sie unserem Ideal einer weltoffenen, multikulturellen und diversen Gesellschaft
11 entspricht.

12
13 Vielerorts haben der Zuzug von Menschen und die kapitalistischen Dynamiken des
14 Wohnraummarktes jedoch einen faden Beigeschmack erhalten. So ist studentisches Wohnen in
15 Groß- und Hochschul-Städten bedeutend teurer geworden. Schwierigkeiten bei der Suche nach
16 einer passenden Wohnung, große räumliche Distanz zur Hochschule, stetig steigende Mietpreise.
17 Für viele Studierende sind diese Probleme alltäglich. Eine durchschnittliche
18 Studierendenwohnung oder ein durchschnittliches WG-Zimmer liegt vielerorts weit über der
19 BAföG-Wohnpauschale von derzeit 224 Euro im Monat. Auch mit der Erhöhung der Wohnpauschale
20 auf 250 Euro ab Oktober 2016 wird sich die Situation nicht entschärfen.

21
22 Zeitgleich nimmt das Angebot staatlich geförderter studentischer Wohnheime weiterhin nicht zu.
23 Vor allem in teuren Hochschul-Städten ist das Angebot dieser Wohnheime viel zu gering. Damit
24 versäumt es der Staat zunehmend, den steigenden Mietpreisen entgegenzuwirken und staatlich
25 geförderten studentischen Wohnraum auszubauen.

26
27 Diese Entwicklung ist insbesondere im Zusammenspiel mit einer stetig ansteigenden Zahl an
28 neuen Studierenden fatal. Immer mehr junge Menschen entscheiden sich nach Abschluss ihrer
29 allgemeinen Hochschulreife für den Einstieg in ein Studium an einer Hochschule. Gleichzeitig
30 kümmert sich der Staat allerdings nicht darum, dass diese Studierenden auch mit ausreichend
31 Raum zum guten und bezahlbaren Wohnen versorgt werden. Aufgrund der kapitalistischen
32 Verwertungslogik führt dies zu einer steigende Konkurrenz unter Studierenden untereinander und
33 mit anderen vor allem finanziell benachteiligten Anwohner*innen um die viel zu begrenzten
34 Wohnraummöglichkeiten. Dies wiederum führt dann vielerorts zu steigenden Mietpreisen und
35 einer Verdrängung von Studierenden und einkommensschwachen und zunehmend auch der
36 Mittelschicht angehörigen Bürger*innen an die Stadtgrenzen oder gar in die Peripherie.

37
38 Trotz einer stetig ansteigenden Zahl an Studiumsbeginner*innen, brechen auch immer mehr
39 Menschen ihr Studium ab. Neusten Umfragen und Forschungen zufolge liegt der Anteil an
40 Studierenden, die ihr Studium an einer Universität abbrechen, bei ungefähr einem Drittel. Die
41 Entscheidung, ein Studium nicht zu Ende zu führen, hängt an vielen Faktoren. Einer davon ist
42 zwangsläufig auch die steigende finanzielle Belastung von Studierenden. Durch stetig steigende
43 Mietpreise wächst der finanzielle Druck. So sind viele Studierende darauf angewiesen, neben
44 ihrem Studium mindestens einen Nebenjob auszuüben, um ihren Lebensunterhalt absichern zu
45 können. Der BAföG-Satz reicht hierbei bei weitem nicht aus - Alleine schon deshalb, weil sich

46 fast kein*e Wohnraumakteur*in nach der BAföG-Wohnpauschale richtet. Das Studium wird so
47 oftmals neben den Jobs von Studierenden zur Nebensache und viele Menschen sehen sich folglich
48 dazu gezwungen, ihr Studium abzubrechen.

49

50 Den Studierendenwerken kommt deshalb die zentrale Aufgabe bei der Versorgung von
51 Studierenden mit vergleichsweise niedrigpreisigem Wohnraum zu, alleine schon deshalb, weil es
52 sich vielerorts beim Bau von studentischen Wohnheimplätzen und bei der Vermietung dieser an
53 den BAföG-Satz in Höhe von derzeit 224 Euro richtet. Dies steht im Gegensatz zu
54 privatwirtschaftlichen Akteur*innen, welche mit ihren kapitalistischen Gewinninteressen die
55 Zwangslage der Studierenden ausnutzen. Momentan reicht das Angebot für finanziell
56 benachteiligte Menschen am Wohnungsmarkt nicht aus. Wenn Studierende mehr als 40% ihres
57 Monatsbudgets allein für das Gut Wohnen ausgeben müssen, rückt ein selbstbestimmtes und
58 unabhängiges Studium in weite Ferne. Dementsprechend platzt die Warteliste der
59 Studierendenwerke vielerorts aus allen Nähten - allein in Berlin hoffen weit über 2000 Menschen
60 über die Warteliste einen Wohnheimplatz des Studierendenwerkes erlangen können. Ein Ausbau
61 der Wohnheimplätze als Teil einer generellen Ausweitung staatlicher Aktivitäten auf dem
62 Wohnungsmarkt ist deshalb zwingend nötig!

63

64 Trotz dieser Entwicklung wird den Studierendenwerken vielerorts die Kreditfähigkeit verwehrt
65 und folglich die Möglichkeit einer Ausweitung der von ihr angebotenen Wohnheimplätze faktisch
66 verbaut. Die Tatsache, dass die Kreditfähigkeit der Studierendenwerke zum Beispiel in München
67 angenommen wird, während sie in anderen Städten, wie zum Beispiel Berlin, weiterhin verwehrt
68 bleibt, spricht dafür, dass es sich hierbei um eine Frage des Wollens und nicht um eine Frage des
69 Könnens handelt. Die Anzweiflung der Kreditwürdigkeit ist somit eine willkürliche, politische
70 Entscheidung.

71

72 Diese Zustände sind für uns Juso-Hochschulgruppen nicht akzeptabel. Wir wollen, dass alle
73 Menschen der Zugang zu gutem und bezahlbarem Wohnraum ermöglicht wird. Wir nehmen es
74 nicht hin, dass durch immer weiter steigende Mieten die Diversität in den Städten verloren geht
75 und vor allem einkommensschwache und zunehmend auch der Mittelschicht angehörigen
76 Bürger*innen und Studierende an die Stadtrandgrenzen verdrängt werden. Diese Entwicklung
77 entspricht nicht unserem Ideal einer solidarischen, multikulturellen und durchmischten Stadt und
78 ist mit unserer Vorstellung von progressiver Wohnraumpolitik nicht vereinbar. Dabei ist es
79 zentral, in der Debatte um den Ausbau von bezahlbarem Wohnraum nicht verschiedene
80 Statusgruppen gegeneinander auszuspielen. Bezahlbarer Wohnraum muss für Alle her! Für
81 studentischen Wohnraum ist die BAföG-Wohnpauschale die Richtlinie.

82

83 Wir fordern deshalb:

84

85 • Guten und bezahlbaren Wohnraum für Alle! Wohnraum muss inklusiv und qualitativ
86 gestaltet werden. Gleichberechtigte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben
87 bedeuten auch, dass Menschen in der Lage sind frei zu entscheiden, wo und wie sie
88 leben möchten. Verschiedene Statusgruppen dürfen in der Debatte um den Ausbau
89 von bezahlbarem Wohnraum nicht gegeneinander ausgespielt werden.

89

90 • Den sofortigen und flächendeckenden Ausbau von sozialem Wohnraum! Der Staat
91 muss endlich die Kapazitäten von staatlich geförderten studentischen Wohnheimen
92 ausbauen und neue Wohnheime und Wohnmöglichkeiten schaffen.

92

93 • Mietpreise für studentischen Wohnraum senken! Der Mietpreis für studentischen
94 Wohnraum hat sich ausschließlich an die BAföG-Wohnpauschale in Höhe von zurzeit
95 224 Euro zu richten! An diese Wohnpauschale müssen sich alle Anbieter*innen von
96 studentischem Wohnraum endlich verpflichtend halten, damit den stetig steigenden
Mietpreisen endlich effektiv entgegengewirkt werden kann.

- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- 103
- 104
- 105
- 106
- 107
- 108
- 109
- 110
- 111
- 112
- Kreditfähigkeit für die Studierendenwerke und Stärkung dessen Stellung! Allein die Studierendenwerke richten sich bei der Berechnung des Mietpreises an den BAföG-Satz und gewährleisten so nachhaltigen Wohnraum mit studentischem Mitspracherecht. Andere Wohnraumakteur*innen und Genossenschaften verweigern dies nachweislich. Deshalb hat der Aus- und Neubau von studentischem Wohnraum endlich auch mit den Studierendenwerken als Wohnraumakteur*in zu geschehen.
 - Die Ausweitung des studentischen Mitspracherechts in Fragen des Ausbaus von studentischem Wohnraum. Der Staat hat sich vermehrt für den Erhalt dieses Mitspracherechts einzusetzen um die demokratische Legitimation in Fragen des studentischen Wohnens aufrechtzuerhalten! Nur so ist ein nachhaltiger und demokratisch legitimer Ausbau studentischen Wohnens möglich.
- Wir Juso-Hochschulgruppen stehen für eine progressive und solidarische Wohnraumpolitik. Der Staat hat endlich in die unkontrollierbaren Dynamiken des Wohnraummarktes vermehrt und entschiedener einzugreifen. Nur so können die Versäumnisse der letzten Jahre nachgeholt werden und der Wohnraum für alle Menschen bereitgestellt werden.